

AUS DER SITZUNG DES GEMEINDERATS VOM 14. JANUAR 2020

Haushaltsplan 2020: Vorberatung

Bürgermeisterin Weber leitete die Beratung mit dem Hinweis auf viele Investitionen ein, die so hoch sind, wie noch nie. Vieles davon seien Pflichtaufgaben, zum Beispiel die Abwasserbeseitigung, aber auch freiwillige Aufgaben, beispielsweise die Breitbandversorgung. Große Sprünge sind nicht mehr möglich, so Bürgermeisterin Weber weiter. Wenn noch Ausgabenwünsche kommen sollten, müsste ein Finanzierungsvorschlag gemacht werden. Wichtig sei, durch Baukostencontrolling Ausgaben einzusparen sowie durch eine Kosten- und Leistungsrechnung effizienter zu werden, zum Beispiel beim Einsatz des Personals.

Gemeindeoberamtsrat Roland Bach wies darauf hin, dass 2020 der erste Haushaltsplan im neuen kommunalen Haushaltsrecht vorliegt. Leider sind die Voraussetzungen des Haushaltsplanes nicht sehr gut, so Gemeindeoberamtsrat Bach. Es kann kein Zahlungsmittelüberschuss aus dem Ergebnishaushalt erwirtschaftet werden. Im Gegenteil: Es ergibt sich ein Defizit von 601.000 Euro. Vergleichbar ist diese Zahl mit der Zuführungsrate des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt. In der Finanzplanung 2019 für 2020 ergab sich noch eine Zuführungsrate von knapp 580.000 Euro an den Vermögenshaushalt. Somit wird das ordentliche Ergebnis (Erträge minus Aufwendung) einen hohen Minusbetrag ergeben (Schätzung ca. 2.000.000 Euro). Die Einnahmen sind nach wie vor sehr gut. Beim früheren Einzelplan 9, jetzt das Produkt 6110.0000, ergeben sich Einnahmen von 9.443.000 Euro und Ausgaben von 4.722.000 Euro. Somit beträgt der Überschuss 4.721.000 Euro. In der Finanzplanung 2019 für 2020 war ein Überschuss von 4.261.000 Euro vorgesehen. 2020 müssen bei den Personalausgaben 3.892.000 Euro veranschlagt werden. In der Finanzplanung waren 3.452.000 Euro vorgesehen. Vor allem im Kindergartenbereich (+250.000 Euro, unter anderem im Waldkindergarten), aber auch im Bereich von Versorgungsempfängern (Personalwechsel), der Kläranlage und im Bauhof ergeben sich größere Erhöhungen. Bei den Unterhaltungen sind ebenfalls größere Ausgaben nötig. So sind im EDV-Bereich (Produkt 1122.0000) Kosten für einen EDV-Administrator für alle gemeindlichen Einrichtungen enthalten. Es ist vorgesehen, diesen mit der Stadt Schrozberg zu teilen. Als Anteil für die Gemeinde Blaufelden sind 25.000 Euro berücksichtigt. Der EDV-Administrator soll auch die Schule und das Ratsinformationssystem betreuen sowie die Digitalisierung des Bauhofs in die Wege leiten. Für das

Ausbaggern der Löschwasserteiche in Gammesfeld, Erpfersweiler und Blaufelden sind ebenfalls Mittel berücksichtigt. Ein großer Betrag von 115.000 Euro ist für die Schule (Produkt 2110.0500) vorgesehen. Hiermit sollen die Erneuerung des Chemiesaals, der Umbau zur Mensa und eine Belüftung für den Technikraum vorgenommen werden. Für den Umbau des ehemaligen Notariats zu einer Kindergartengruppe werden 100.000 Euro eingestellt. Außerdem werden 70.000 Euro für den Betrieb dieser Satellitengruppe geplant. Für die Unterhaltung der Hallen werden für den Brandschutz in der Lötholzhalle Wiesenbach 40.000 Euro, in der Landwehrhalle Gammesfeld 35.000 Euro und für die Sanierung des Giebels des Bürgerhauses Herrentierbach 40.000 Euro berücksichtigt. Im Bereich der Abwasserbeseitigung müssen die Ansätze ebenfalls angehoben werden. So müssen für Kanalbefahrungen, Eigenkontrollverordnung, Aufbau eines Kanalkatasters und für Kanalsanierungen zusätzliche Ausgaben von 140.000 Euro berücksichtigt werden. Im Bereich der Straßenunterhaltung wird der Ansatz ebenfalls erhöht. Hier werden unter anderem für die Sanierung der Brücke in Blaubach, aber auch für weitere Wegesanierungen zusätzliche Mittel von 300.000 Euro berücksichtigt. Hierin sind jedoch ca. 100.000 Euro aus nicht verbrauchten Mitteln aus dem Jahr 2019 enthalten. In den Grünanlagen / Spielplatzbereich sind 25.000 Euro für das Entfernen der Buchsbäume sowie zur Beseitigung des Eichenprozessionsspinners und zusätzlich 30.000 Euro für den Austausch von Spielgeräten berücksichtigt. Im Bereich Friedhof sind 30.000 Euro für die Sanierung der Leichenhalle Wiesenbach und 15.000 Euro für Wegesanierungen im Friedhof Gammesfeld enthalten. In der Liederhalle Billingsbach und bei der Feuerwehr Billingsbach sind 49.000 Euro für den Anschluss an die Nahwärmeversorgung vorgesehen. Durch diese großen Unterhaltungsmaßnahmen kann kein Überschuss im Ergebnishaushalt erzielt werden. Jedoch können viele Ausgaben auch nicht hinausgeschoben werden, da eine rechtliche Verpflichtung hierfür besteht.

Im Finanzhaushalt sieht es leider nicht besser aus, so Gemeindeoberamtsrat Bach weiter. Auch hier müssen sehr viele Maßnahmen gleichzeitig durchgeführt werden und können nicht verschoben werden. So müssen im Bereich des Brandschutzes Löschwasserbehälter gebaut (505.000 Euro), das Feuerwehrmagazin Herrentierbach umgebaut (500.000 Euro) und für die Einsatzabteilung Herrentierbach ein neues Feuerwehrfahrzeug beschafft werden. Im Bereich der Schule stehen dringende Fenster-, Elektro- und Sanitär-sanierungen (700.000 Euro) an, für die jedoch Zuschüsse gewährt wurden (412.000 Euro). Auch für die Digitalisierung der Schule stehen hohe Zuschüsse zur Verfügung. Der Kindergarten Gammesfeld sollte schon lange saniert werden, da das Gebäude noch fast im Ursprungszustand von 1954 ist und ein dringender Sanierungsbedarf besteht. Nachdem 2019 die

Zuschüsse nach vergeblichen Anläufen endlich gewährt wurden, soll mit dem Vorhaben 2020 begonnen werden. Mittel für einen Versorgungscampus (Ärztehaus) waren bisher nicht in der Finanzplanung enthalten. Um die ärztliche Versorgung in Blaufelden zu gewährleisten, sind große Anstrengungen erforderlich. In der Finanzplanung sind deshalb 3.000.000 Euro vorgesehen. Zuschüsse gibt es hierfür keine. Ein weiteres großes Vorhaben ist die 2. Phase der Breitbandversorgung. Bisher war vorgesehen, die Umsetzung über 10 Jahren durchzuführen. Durch die gewährte Förderung muss dies nun über einen Zeitraum von 5 Jahren geschehen. Trotz einer Förderung von 90 Prozent verbleibt bei 18.000.000 Euro Kosten ein Eigenanteil von 1.800.000 Euro. Jedoch handelt es sich dabei um eine dringende Investition in die Infrastruktur der Gemeinde, um eine stabile Weiterentwicklung von Blaufelden zu gewährleisten. Ein weiteres großes Projekt ist die Umsetzung des Abwasserkonzeptes. Nachdem die Zuschussbescheide für den Anschluss von Wiesenbach und Gammesfeld an die Kläranlage Blaufelden vorliegen, soll die Umsetzung erfolgen. Die Gesamtkosten belaufen sich für Wiesenbach auf 2.400.000 Euro bzw. für Gammesfeld auf 2.900.000 Euro. Auch hier ist eine Verschiebung der Maßnahmen nicht möglich. Obgleich hohe Zuschüsse gewährt wurden, ist der Eigenanteil trotzdem noch erheblich.

Die liquiden Mittel (Rücklagen) betragen zum 1. Januar 2020 voraussichtlich 3.000.000 Euro. Allerdings reichen diese nicht aus, um alles zu finanzieren. Deshalb ist eine Kreditaufnahme von 2.415.000 Euro vorgesehen. Nach der Haushaltsplanung 2020 beläuft sich der Schuldenstand zum 31. Dezember 2020 auf 4.271.000 Euro oder rechnerisch auf 800 Euro pro Einwohner.

Eklatant ist die weitere Erhöhung des Schuldenstands im Finanzplanungszeitraum bis 2023 auf 8.269.000 Euro oder rechnerisch auf 1.546 Euro je Einwohner. Durch die gute Einnahmesituation 2019 ergeben sich durch den Finanzausgleich für 2021 niedrige Schlüsselzuweisungen und hohe Umlagen an das Land und den Landkreis, was dazu führt, dass sehr hohe Kreditaufnahmen nötig werden. Durch Mehrausgaben im Jahr 2019 konnten keine größeren Beträge den liquiden Mitteln bzw. Rücklagen zugeführt werden, um diese für das Jahr 2021 zur Verfügung zu haben. Durch die vielen Großmaßnahmen (Feuerwehr, Breitbanderschließungen, Abwassermaßnahmen, Versorgungscampus), die fortgeführt werden müssen, werden 2021 und 2022 sehr hohe Kreditaufnahmen fällig. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich zum größten Teil um Pflichtaufgaben, die auszuführen sind, oder um wichtige Infrastrukturmaßnahmen, für die zwar keine rechtliche Verpflichtung besteht, aber für eine weitere Entwicklung der Gemeinde sehr wichtig sind. Bei den

Abwassermaßnahmen werden die Ausgaben über die Gebühren wieder refinanziert, jedoch über einen sehr langen Zeitraum (20 Jahre bis 50 Jahre).

Durch diese großen Steigerungen des Schuldenstandes müssen wir uns auch mit den eigenen Einnahmemöglichkeiten befassen, wie Gemeindeoberamtsrat Bach andeutete. So liegen die Grund- und Gewerbesteuerhebesätze im unteren Bereich im Landkreis Schwäbisch Hall. Hier sollte über eine Anhebung nachgedacht werden. Des Weiteren wären die Gebührensätze auf den Prüfstand zu stellen.

Gemeindeoberamtsrat Bach fasste zusammen, dass sich gegenüber der bisherigen Finanzplanung gravierende Veränderungen ergeben haben. Durch die Großmaßnahmen im Bereich Feuerwehr, Versorgungscampus, Breitband und Abwasserbeseitigung, die für die Entwicklung der Gemeinde verpflichtend bzw. sehr wichtig sind, wird sich der Schuldenstand erheblich erhöhen. Der Schuldenstand zum 31. Dezember 2020 kann noch als vertretbar angesehen werden. Jedoch sollte ab 2021 jährlich konkret geprüft werden, was dringend notwendig ist für die Gemeinde und was noch geschoben werden könnte, um bei der Verschuldung doch nicht in die geplante Größenordnung vorzustoßen.

Bauamtsmitarbeiter Raphael Strotzer trug zum Thema Straßenunterhaltung vor, dass wegen der baulichen Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur und der Verkehrssicherungspflicht eine Bewertung der Straßen, Wege und Plätze erfolgen sollte. Hierzu dient die Erstellung eines Straßenkatasters. Zunächst sollte mit einer Straßenlänge von 50 Kilometer begonnen werden. Bauamtsmitarbeiter Strotzer schätzt die Kosten auf 34.000 Euro.

Bürgermeisterin Weber ist der Auffassung, dass die Erstellung eines Straßenkatasters angegangen werden sollte.

Änderung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat

Der Gemeinderat gibt sich eine Geschäftsordnung, in der alle wichtigen Punkte enthalten sind, die für den Ablauf im Gemeinderat von Bedeutung sind. Aufgrund von Änderungen der Gemeindeordnung und weil aus der Praxis dazu Bedürfnisse angemeldet worden sind, hat der Gemeindetag Baden-Württemberg sein Muster einer Geschäftsordnung für den Gemeinderat inhaltlich und redaktionell in einigen Punkten geändert und ergänzt. Darüber hinaus hat Gemeinderat Kevin Leiser in der Sitzung am 1. Juli 2019 eine Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderats vom 14. Mai 2018 vorgeschlagen.

Auf Antrag von Bürgermeisterin Weber gab sich der Gemeinderat einstimmig die von der Verwaltung ausgearbeitete Geschäftsordnung vom 14. Januar 2020 unter Berücksichtigung folgender Änderungen:

1. In § 10 Absatz 3 wird Satz 2 gestrichen.

2. In § 14 Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter „dringenden Fällen“ durch das Wort „Notfällen“ ersetzt.
3. In § 36 Buchstabe h Satz 5 wird das Wort „Beschlüsse“ durch das Wort „Empfehlungen“ ersetzt.